

Schicksalsjahr einer Kanzlerin

Das Bild der Demoskopien zeigt es: Der Ausgang der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Woche vor dem Urnengang ist ungewiss. Die Linkspartei könnte mit ihrem erstmaligen Einzug in das nordrhein-westfälische Parlament zum Zünglein an der Waage werden. Allen Beteiligten ist klar: Hier wählt nicht einfach nur irgendein Bundesland sein neues Parlament – sondern das mit 17,8 Millionen Einwohnern größte Bundesland. Die nordrhein-westfälische Wahl ist also auch eine Richtungsentscheidung, bei der die Weichen für die schwarz-gelbe Koalition in Berlin und deren wichtigste Vorhaben in den nächsten drei Jahren gestellt werden. Die meisten der Reformen, wie etwa der Umbau des Gesundheitssystems, setzen für ihre Realisation allerdings eine Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Bundesrat voraus. Denn betreffen bestimmte Gesetze die Finanzordnung der Länder, haben diese ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Stimmen sie nicht zu, droht beispielsweise das Projekt "Gesundheitsreform" zu scheitern.

Nun wird es also eng für die Kanzlerin. Mit 37 Stimmen der von CDU, CSU und FDP regierten Länder besitzt die Bundesregierung noch eine halbwegs stabile Mehrheit in der Länderkammer. Sollte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers kein Wählervotum zur Regierungsbildung erhalten, wäre die Mehrheit von Merkel im Bundesrat dahin. Jede andere Regierungskonstellation als Schwarz-Gelb führt die Kanzlerin zum Verlust der sechs nordrhein-westfälischen Stimmen im Bundesrat. Und das, obwohl ohnehin schon Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und die Linkspartei seit Monaten Sturm gegen die von Schwarz-Gelb favorisierte Kopfpauschale als Modell für das zukünftige Gesundheitssystem laufen. Ihr Einwand: Das Konzept sei sozial unausgewogen, da sich die Besserverdienenden mithilfe ihrer Wahlfreiheit in die Privaten Krankenkassen verabschieden und somit die Lasten auf den Schultern der Schwachen über die Gesetzliche Krankenkasse und den Steuerausgleich verteilt werden.

Was aber hätte Merkel tun können? Die Gesundheitsreform schnell durchdrücken und hoffen, dass der nordrhein-westfälische Wähler dieses Modell bei seiner Stimmabgabe goutiert? Ein Vabanque-Spiel, denn schon andere Reformvorhaben sind bei Wahlen in diesem Land abgestraft worden. In Erinnerung bleibt das Ende der rot-grünen Bundesregierung und damit der Agenda 2010. Auch wäre die Gefahr zu groß gewesen, die Mehrheiten für andere wichtige Reformen wie die von der FDP und CSU gewünschten Steuerreform zu verlieren.

Aber selbst wenn Merkel den Mut gehabt hätte – ein halbes Jahr hätte ihr dazu vermutlich nicht gereicht. Es bleibt wohl dabei: Die Kanzlerin muss kämpfen. Vielleicht hat sie sich ja nach ihrem letzten Besuch von dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama inspirieren lassen: wichtige Reformvorhaben in kleine, leicht verdauliche Stücke teilen, um so das große Ziel zu erreichen. Was hieße das aber für die deutsche Wirtschaft? Es könnte zu einer Filettierung der Reformvorhaben kommen, die eine kleinteiligere Verteidigung ihrer Interessen erfordert. Aber die Zeit wird für alle eng. Das nächste Superwahljahr mit sechs Landtagswahlen steht 2011 vor der Tür.

Von Christian Brehm



Tel: 0211.9541-2224